



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Lambrecht: „Studiengebühren sind der falsche Weg“.

Schülergruppe der 9. Klassen der Heinrich-Böll-Schule Fürth zu Besuch bei Christine Lambrecht in Berlin.

Berlin/Viernheim, Mai 2007 – Eine Schülergruppe der Heinrich-Böll-Schule Fürth besuchte die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht (SPD) an ihrem Arbeitsplatz in Berlin. Die Gruppe wurde von Lehrer Willi Gramlich geleitet.

Nach einem informativen Vortrag über Geschichte und Arbeitsweise des Parlaments fanden sich die Schüler zu einem Gespräch mit der Abgeordneten ein.

Im anschließenden Gespräch mit Christine Lambrecht schilderte diese den Ablauf einer Plenarwoche. Darauf folgte eine angeregte Diskussion über die Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums.

Kritische Fragen gab es zu der Diskussion um die neuen Rentenregelungen. Lambrecht machte deutlich, dass sie nach reiflicher Überlegung der Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit zugestimmt habe. „Man muss einfach die veränderten Rahmenbedingungen und die Bevölkerungsentwicklung zur Kenntnis nehmen“, so Lambrecht. „Die Menschen in Deutschland steigen immer später in den Beruf ein. 30 Beitragsjahre sind einfach zu wenig, um eine existenzsichernde Rente zu gewährleisten. Darüber hinaus werden die Menschen glücklicherweise älter. Das heißt aber auch, dass die Rechnung, 30 Jahre Beiträge zu zahlen um dann 30 bis 40 Jahre Rente zu beziehen, nicht aufgeht“.




Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Wichtig sei der Vertrauensschutz für die Bestandsrentner und die, die in den nächsten Jahren in Rente gingen. „Ab 2029 kann man dann erst mit 67 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen“, erklärte Lambrecht. „Ohne eine klar erkennbare und nicht nur theoretische Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten Älterer muss aber im Jahr 2010 von der Revisionsklausel im Gesetz Gebrauch gemacht und die Anhebung der Altersgrenze gestoppt werden. Die Übergänge in den Ruhestand ab dem 55. Lebensjahr sind weiterhin flexibel zu gestalten, ein gleitender Übergang muss möglich bleiben. Es gehört auch dazu, dass ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit gesundheitlichen Einschränkungen die Möglichkeit erhalten, den Umfang ihrer Erwerbstätigkeit ihrem Leistungsvermögen anzupassen“.

Von besonderer Wichtigkeit sei die Qualifikation. „Wer als älterer Mensch Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben will, muss schon als junger Mensch daran denken, dass er eine gute Schul- und Berufsausbildung braucht“, so Lambrecht. „Der Arbeitsmarkt entwickelt sich derzeit – auch im Kreis Bergstraße – sehr positiv. So sind die Arbeitslosenzahlen im Kreis vom April 2006 von 11736 auf 10249 im April 2007 gesunken. Besonders steigen die Chancen auf einen Arbeitsplatz für diejenigen, die über eine gute Ausbildung zum Beispiel als Facharbeiter verfügen“. Auf die Frage eines Schülers, was die Politik denn tun würde, damit er einen guten Schulabschluss macht, stellte Christine Lambrecht klar: „Die Politik muss die Rahmenbedingungen liefern. Sich anstrengen und lernen muss schon jeder selbst, damit er einen guten Start ins Berufsleben bekommt“. Der Staat bzw. die Politik müsse aber dafür sorgen, dass dann, wenn ein guter Abschluss der Schule oder der Ausbildung nicht beim ersten Versuch erreicht werden kann, eine weitere Chance geboten wird. „Dies erfolgt dann zum Beispiel durch Förderung beim Nachholen eines Schul-



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

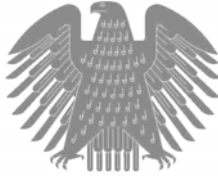
 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

abschlusses, ausbildungsbegleitenden Hilfen, Qualifizierungsangeboten und so weiter“, so Lambrecht.

Eine weitere Nachfrage betraf das Thema Studiengebühren. Lambrecht stellte klar, dass sie – wie auch die gesamte hessische SPD – für die sofortige Abschaffung der von der CDU-Hessen eingeführten Studiengebühren stehe. „Studiengebühren sind der falsche Weg. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen“, so Lambrecht. Auf die Frage, ob sie das auch so sehe, wenn die Gebühren ausschließlich den Universitäten zukommen, stellte Lambrecht klar: „Es kann nicht sein, dass Landesregierungen den Universitäten die Haushalte kürzen und sie dann zur Erhebung von Studiengebühren verpflichten“, so Lambrecht. „Bildung ist ein Recht, eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und eine zentrale Zukunftsfrage. Deshalb wird die hessische SPD nach einer Regierungsübernahme in Hessen die von Koch und der Hessen-CDU beschlossenen Studiengebühren zurücknehmen“.

Im Anschluss besichtigte die Gruppe den Dachgarten und die Kuppel des Reichstagsgebäudes.



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation



Das Foto zeigt die Gruppe mit Christine Lambrecht im Reichstagsgebäude.